

Landtagswahl Baden-Württemberg

Sonntag, 26. März 2006

Baden-Württemberg hat gewählt. Günther Oettinger gewinnt mit seiner CDU die Landtagswahl am 26. März klar, auch wenn er die absolute Mehrheit knapp verpasst hat. Die Sozialdemokraten mit ihrer Spitzenkandidatin Ute Vogt verlieren erdrutschartig und kommen nur noch auf 25 Prozent. Die Grünen erreichen ihr Wahlziel und werden drittstärkste Fraktion im Landtag. Die FDP kann auf über 10 Prozent zulegen und damit die Koalition mit der CDU fortsetzen. Die WASG mit drei Prozent und die Republikaner mit 1,5 Prozent verpassen klar den Einzug in den Landtag. Dramatisch abgenommen hat die Wahlbeteiligung mit nur noch 52 Prozent.

Am 26. März 2006 war der Superwahltag des Jahres. Gleich drei Landtagswahlen (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt) und dazu auch noch die Kommunalwahl in Hessen fanden statt. Die Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind erfolgreich aus den Landtagswahlen hervorgegangen. Sowohl Günther Oettinger (CDU) als auch Kurt Beck (SPD) und Wolfgang Böhmer (CDU) können weiterregieren - spannend blieb am Wahlabend lange Zeit, in welchen Bündniskonstellationen. Die Landtagswahlen galten auch als erster Stimmungstest für die große Koalition im Bund. Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Müntefering gehen gestärkt aus den Wahlen hervor und wollen jetzt einige Reformprojekte angehen. Das Ergebnis zeigt zugleich, dass die große Koalition im Bund bestehende Regierungen stabilisiert. Die Landtagswahlen vom Sonntag haben im Bundesrat größere Auswirkungen als erwartet. Dort hatte die große Koalition bisher nur eine hauchdünne Mehrheit. Nach den sich abzeichnenden Konstellationen in den drei Bundesländern können die kleinen Parteien schwarz-rote Projekte im Bundesrat kaum noch verhindern.

Vorläufiges amtliches Endergebnis, Sonntag, 26. März, 22.00 Uhr

	 CDU	 SPD	 FDP	 DIE GRÜNEN	Sonstige
Landtagswahl 2006	44,2	25,2	10,7	11,7	8,2
Landtagswahl 2001	44,8	33,3	8,1	7,7	6,1

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Vorläufige Ergebnisse der Wahl zum 14. Landtag von Baden-Württemberg am 26. März 2006
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahl am 26.03.2006 in den Wahlkreisen Baden-Württembergs
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Gewählte Bewerberinnen und Bewerber
- SWR: **Die 139 Parlamentarier des neuen Landtages**

In Baden-Württemberg wurden in insgesamt 70 Wahlkreisen die Mitglieder des neuen

Landtags gewählt. Rund 7,6 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Wahlberechtigt waren alle volljährigen deutschen Staatsbürger, die zum Zeitpunkt der Wahl seit mindestens drei Monaten in Baden-Württemberg wohnhaft sind. Jeder Wahlberechtigte hatte genau eine Stimme und wählte damit in seinem Wahlkreis einen Kandidaten.

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben deutlich weniger Menschen ihre Stimme abgegeben als vor fünf Jahren. Nach Angaben der Landeswahlleitung wählten nur noch 53,4 Prozent der Wahlberechtigten (2001 62,6 Prozent). Vor allem in den Großstädten ist die Wahlbeteiligung zurückgegangen. Das waren 9,2 Prozentpunkte weniger als 2001. Grund war der müde Wahlkampf, dem die mobilisierenden und polarisierenden Themen fehlten. Es ging hauptsächlich "nur" um Landespolitik und nicht um einen Stimmungstest für das ganze Land. Der Dauerwahlkampf seit Anfang 2005, von Schleswig-Holstein über Nordrhein-Westfalen bis zur Bundestagswahl im September, hat die Menschen erschöpft. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der Großen Koalition in Berlin zufrieden, in Baden-Württemberg gab es keine Wechselstimmung.



Günther Oettinger kann bei seiner ersten Wahl als Ministerpräsident mit der CDU gegenüber 2001 das Ergebnis nahezu halten, verfehlt aber knapp die absolute Mehrheit um ein Mandat. Bis auf den Wahlkreis Mannheim 1 konnte die CDU alle Direktmandate erringen. Mit Begeisterung hat die baden-württembergische CDU auf das Wahlergebnis reagiert. "Wir haben heute von den Wählern unseren Lohn erhalten, wir nehmen dankbar unseren klaren Auftrag an", so der alte



und auch neue Ministerpräsident Günther Oettinger in einer ersten Stellungnahme. "Das Votum der Wähler ist mir noch wichtiger als die Ergebnisse in der Mitgliederabstimmung oder bei meiner Wahl im Landtag", sagte Oettinger. Das Vertrauen von 44,2 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sei ein "tolles Fundament" für seine künftige Arbeit und die seiner Regierung. Oettinger hat ein Ergebnis erzielt, das über den Erwartungen liegt. Er ist nicht nur vom Landtag gewählt, er ist jetzt auch erstmals vom Volk bestätigt worden.

Die SPD ist der große Verlierer der Wahl. Gegenüber 2001 haben die Sozialdemokraten über acht Prozent der Stimmen verloren. Grund war vor allem die niedrige Wahlbeteiligung, die bei der SPD besonders durchschlug. Insgesamt verlor die SPD über 500.000 Stimmen im Vergleich zu 2001. Das Ergebnis lässt sich deshalb nur so interpretieren: Die CDU konnte ihre Wähler besser mobilisieren, obwohl auch sie im Vergleich zu 2001 Stimmen verlor. Die Sozialdemokraten - ohnehin strukturell schwach im Südwesten - verfehlten dieses Ziel. Es war für die SPD schwer, Felder zu finden, in denen der Südwesten im Ländervergleich nicht vorne liegt. Übereinstimmend bezeichneten SPD-Spitzenkandidatin Ute Vogt und Fraktionschef Wolfgang Drexler das SPD-Ergebnis als "schmerzliche Niederlage". Trotz der herben Niederlage hat sich das Präsidium der SPD mit sechs zu zwei Stimmen für Ute Vogt als Vorsitzende der Landtagsfraktion ausgesprochen. Drexler wird nicht mehr für das Amt kandidieren.



Weitaus besser als den großen Parteien gelang es den kleinen Parteien, ihre Wähler zu mobilisieren. Die FDP konnte um über zwei Prozent zulegen. Damit erzielte sie das beste Ergebnis seit 1968. Ihre Warnung vor der absoluten Mehrheit der CDU scheint gewirkt zu haben. Auch der FDP-Spitzenkandidat Ulrich Goll freute sich über ein gutes Ergebnis. "Das war wirklich eine schöne

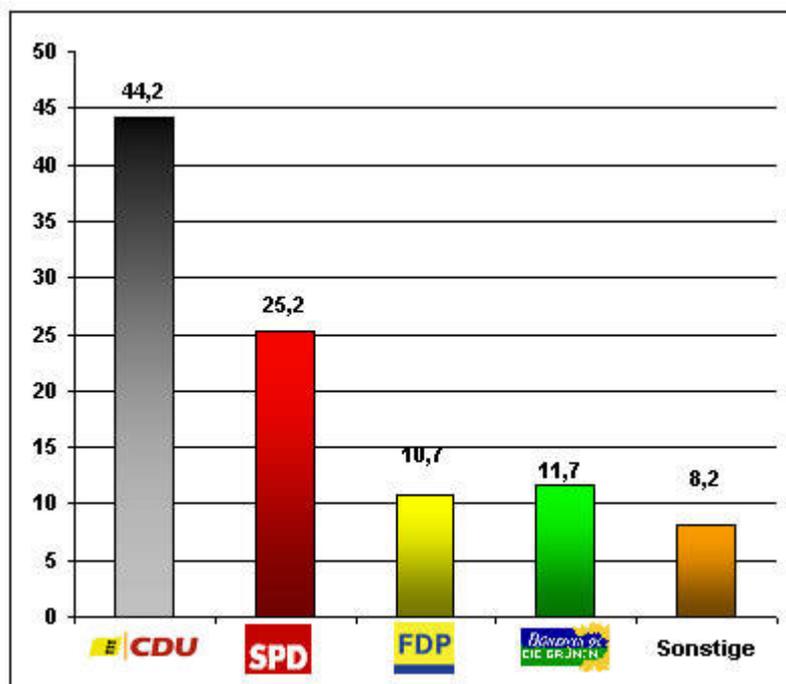


Gemeinschaftsleistung. Es ist uns gelungen, liberale Ideen zu den Menschen zu bringen". Die Grünen konnten ihr Ziel, drittstärkste Fraktion im Landtag zu werden, erreichen. "Ehrliche Arbeit zahlt sich aus," fasste der Grünen-Spitzenkandidat Winfried Kretschmann das Wahlergebnis zusammen. Was eine Koalition mit der CDU angehe, sagte Kretschmann, das Heft des Handelns liege bei Oettinger. Wenn dieser bereit sei, mit den Grünen aus der Atompolitik auszusteigen, sei ein

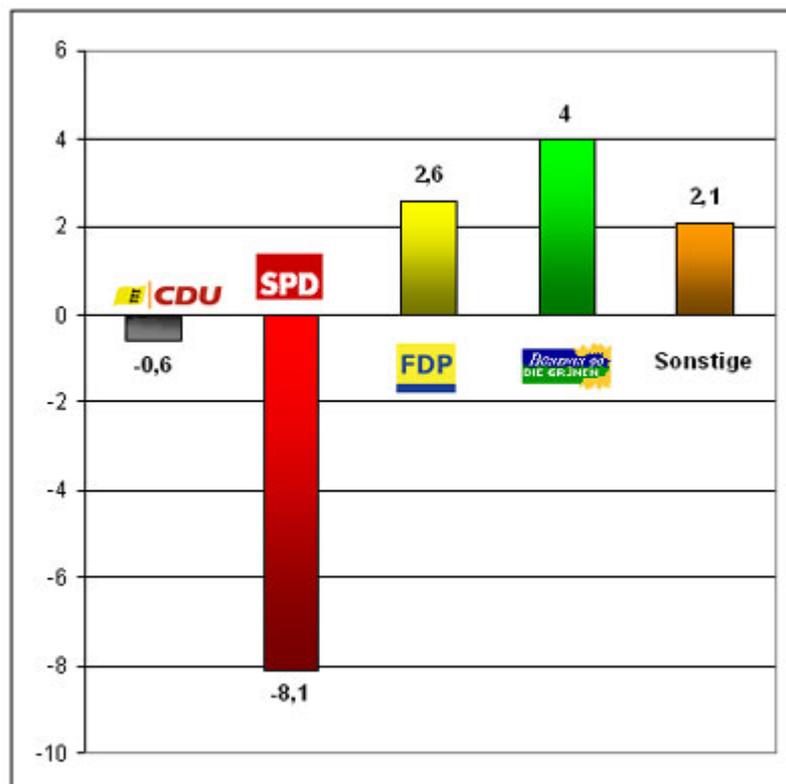
Bündnis möglich.

WASG und REP scheiterten deutlich an der Fünf-Prozent Hürde. Sie sind in Baden-Württemberg nur eine Randerscheinung.

Vorläufiges amtliches Endergebnis



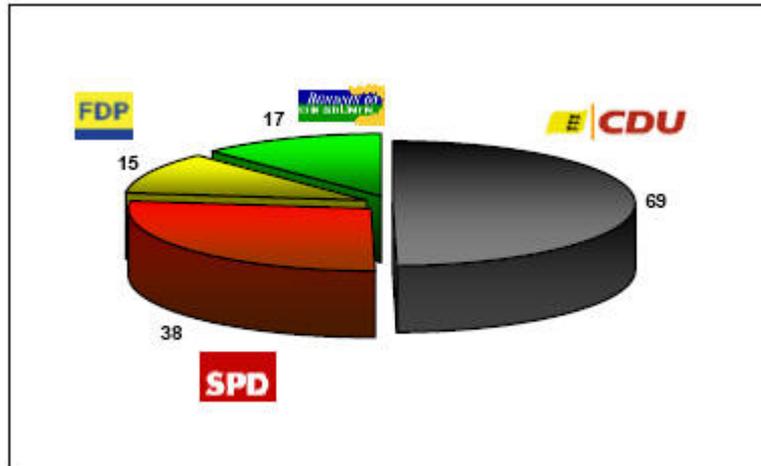
Gewinne und Verluste



Sitzverteilung

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis werden dem 14. Landtag von Baden-Württemberg insgesamt 139 Abgeordnete angehören, 11 Abgeordnete mehr als 2001, damals waren 128 Abgeordnete in den Landtag eingezogen.

CDU: 69 (+ 6 Sitze), SPD 38 (-7), FDP 15 (+5), Grüne 17 Sitze (+7)



Bei der Landtagswahl wuchs der Vorsprung der CDU vor den Sozialdemokraten auf landesweit knapp 753.000 Stimmen, gut 231.000 mehr als bei der letzten Landtagswahl vor 5 Jahren. Die CDU war auch bei dieser Wahl wieder in ländlichen Gebieten besonders erfolgreich. So lag die CDU in eher ländlich geprägten Landtagswahlkreisen mit 50,6 Prozent über ihrem Landeswert.

Die SPD erzielte ihre vergleichsweise besten Ergebnisse erneut in den eher urban geprägten Wahlkreisen mit einer hohen Bevölkerungsdichte (28,6 Prozent), während sie in ländlich geprägten Gebieten unterdurchschnittlich abschnitt.

Die FDP erzielte in protestantisch geprägten Gebieten mit 12,4 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Stimmenanteil.

Die Grünen schnitten in Wahlkreisen mit hohem Akademikeranteil, insbesondere in Universitätsstädten, mit 18,6 Prozent überdurchschnittlich gut ab. Auch in den Wahlkreisen mit einem hohen Anteil Beschäftigter im Dienstleistungsgewerbe erzielten die Grünen mit 17,6 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis.

Unter den 139 Abgeordneten im neu gewählten baden-württembergischen Landtag werden nur 33 Frauen sein. Damit ist der Frauenanteil im neu gewählten 14. Landtag von Baden-Württemberg gegenüber der letzten Legislaturperiode zwar von 21,8 auf 23,7 Prozent gestiegen, dennoch sind weibliche Abgeordnete im Landtag nach wie vor stark unterrepräsentiert.

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006: CDU fehlt ein Sitz zur absoluten Mehrheit, SPD sinkt auf 25,2 Prozent, GRÜNE erneut drittstärkste Kraft im Land, FDP wieder zweistellig



Mindestens 120 Landtagsmandate sind alle fünf Jahre bei den Landtagswahlen neu zu vergeben. Hinzu kommen zumeist noch einige Überhang- und Ausgleichsmandate. Von ihrem Wahlrecht machten bei der letzten Landtagswahl 2001 nur noch 62,6 Prozent der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen Gebrauch. Gegenüber der Wahl von 1996 war dies ein erneuter Rückgang um 5 Prozent. Dies liegt u.a. daran, dass die

Landesparlamente in der Öffentlichkeit im Schatten des Bundestages stehen. Nur bei wichtigen Streitfragen interessieren sich viele Wähler für die Debatten im Landesparlament, etwa wenn es um Schulpolitik oder um Umweltprobleme geht. Insgesamt treten bei der Landtagswahl 19 Parteien mit 645 Kandidatinnen und Kandidaten sowie 6 Einzelbewerber an.



Foto: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Nach Angaben von Landeswahlleiterin Christiane Friedrich hatten die Kreiswahlausschüsse am 31. Januar 2006 in den insgesamt 70 Wahlkreisen von **19 Parteien 645 Wahlvorschläge** zugelassen (2001: 16 Parteien mit 530 Wahlvorschlägen). Hinzu kommen **6 Einzelbewerber** (2001: 8).



Umfragen

In der jüngsten repräsentativen N24-Emnid-Umfrage vom 21. März erreicht die CDU 45 Prozent, der Koalitionspartner FDP kommt auf 9 Prozent, die SPD liegt bei 29 Prozent und die Grünen bei 10 Prozent.

Eine repräsentative Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung im Auftrag der Stuttgarter Zeitung sieht am 17. März die Fortsetzung einer schwarz-gelben Koalition wieder in greifbare Nähe gerückt. 1008 Wahlberechtigte wurden vom 13. - 15. März telefonisch befragt. 40 Prozent der Befragten sprechen sich für eine erneute Koalition von CDU und FDP aus, 31 Prozent befürworten die Große Koalition zwischen CDU und SPD.

Die jüngste repräsentative SWR-Umfrage vom 16. März, für die das Berliner Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap vom 13. - 15. März rund 1.000 Wahlberechtigte in Baden-Württemberg telefonisch befragt hatte, sieht die CDU knapp vor der absoluten Mehrheit.

Das ZDF-Politbarometer Spezial vom 17. März sieht die CDU bei 45 Prozent, die SPD bei 30 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 10 Prozent, die FDP kommt auf 8 Prozent. Als wichtigstes Thema sehen die Befragten den Komplex Arbeit, weit dahinter kommen Bildung und Familie. Für rund zwei Drittel der Wähler (65 Prozent) zählt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu den wichtigsten politischen Problemen.

Bei allen Umfragen würde Günther Oettinger die Direktwahl (der Landtag wählt in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten) zum Ministerpräsidenten vor Ute Vogt gewinnen, aber nicht so deutlich, wie die CDU vor der SPD liegt.

Die Umfragen sind allerdings wieder mit Vorsicht zu genießen: Fast jeder dritte Wahlberechtigte in Baden-Württemberg ist sich noch nicht sicher, wen er wählen soll. Nach dem ZDF-Politbarometer geben sogar 46 Prozent der Befragten an, noch keine Entscheidung getroffen zu haben oder sich ihrer geäußerten Wahlabsicht noch nicht sicher zu sein.

Wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre

(Angaben in Prozent)

	N24-Emnid 21. März	ZDF Politbarometer 17. März	Umfrage SWR 13. - 15. März	Umfrage Stuttgarter Zeitung 13. - 15. März	Landtagswahl 2001
CDU	45	45	46	43	44,8
SPD	29	30	28	31	33,3
FDP	9	8	9	9	8,1
Grüne	10	10	10	10	7,7
WASG		3	2	2	-

- SWR: **Baden-WürttembergTREND**
- ZDF: **Politbarometer Spezial**



Ergebnisse der Bundestagswahl 2005, Kommunalwahl 2004 und der Landtagswahl 2001 in Baden-Württemberg

(Zweitstimmen, Angaben in Prozent)

	Bundestagswahl 2005	Kommunalwahl 2004 *	Landtagswahl 2001
Wahlbeteiligung	78,7	52,0	62,6
CDU	39,2	32,1	44,8
SPD	30,1	18,1	33,3
FDP	11,9	2,8	8,1
Grüne	10,7	6,0	7,7
Linke.PDS	3,8	0,3	
Wählervereinigungen		35,5	
Sonstige	4,3	5,2	6,1

*Verhältnswahl - Gleichwertige Stimmen

© 2005 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Wahlen

Bei Wahlen sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen, also wählen zu gehen oder sich als Kandidatin oder Kandidat aufstellen zu lassen. Durch die Wahl bekommen diese Personen auf Zeit (im Fall der Landtagswahl 5 Jahre) die Macht, Entscheidungen zu treffen.

Wahlvorschläge können von einer Partei oder von Wahlberechtigten eingereicht werden. Ein Wahlvorschlag kann neben dem Bewerber auch einen Ersatzbewerber enthalten. Sofern der Wahlvorschlag nicht von einer im Landtag vertretenen Partei stammt, muss er von mindestens 150 Wahlberechtigten des jeweiligen Wahlkreises unterzeichnet sein.

Wahlen gelten als der Höhepunkt einer Demokratie, an dem das Volk entscheidet, in welche Richtung die politischen Weichen gestellt werden, welche Mannschaft mit welchem Programm das Land in den nächsten Jahren regieren soll. Die Bedeutung von Wahlen für unsere Demokratie wird bereits durch unser Grundgesetz deutlich unterstrichen:

Artikel 20 Grundgesetz [Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht]

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Dieser Grundsatz ist deutlich als allgemeiner Grundsatz zu erkennen und bezieht sich deshalb auf *alle* Wahlen in der Bundesrepublik, d.h. nicht nur auf Bundestagswahlen, sondern auch auf Wahlen auf Landes- und Gemeindeebene.

Auch die Verfassung des Landes Baden-Württemberg geht in Art. 25 fast wörtlich von denselben Grundsätzen aus. Wahlen sind also das zentrale politische Ereignis, bei dem die Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk am sichtbarsten zum Ausdruck kommt. Dass die Praxis oft etwas bescheidener aussieht, schmälert den Anspruch nicht. Eine lebendige Demokratie muss sich darum kümmern, dass die Wahlen Kristallisationspunkt und Ausdruck demokratischen Willens sein können.

Artikel 25 Landesverfassung Baden-Württemberg

(1) Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Die Bedeutung von Landtagswahlen wird jedoch häufig unterschätzt. Ein weiterer wichtiger Artikel unseres Grundgesetzes macht dies deutlich:

Artikel 30 Grundgesetz [Hoheitsrechte der Länder]

Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.

Die staatliche Gewalt liegt also, soweit nicht anders geregelt, grundsätzlich bei den Ländern, nicht beim Bund. Dieser Grundsatz eines starken Föderalismus in Deutschland ist einer der wichtigsten Gründe für die große Bedeutung der Länder und damit auch der Landtagswahlen.

Auf unseren Internetseiten wollen wir die Landtagswahl begleiten, Sie aber auch über die Grundlagen der Landtagspolitik informieren, die diese Wahl beeinflussen.

Ihre Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg